



Ulla Schmidt (Aachen)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin a. D.

Platz der Republik
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 75 765
☎ (030) 227 – 76 883
✉ ursula.schmidt@bundestag.de

Boris Linden
Wissenschaftl. Mitarbeiter
Wahlkreisbüro Ulla Schmidt
Heinrichsallee 52-54
52062 Aachen
☎ (0241) 53 66 40
☎ (0241) 903 92 00
✉ ursula.schmidt@wk.bundestag.de

Diözesanarbeitsgemeinschaft
Integration durch Arbeit
im Caritasverband für das Bistum Aachen
Kapitelstr. 3

52066 Aachen

Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.
13. Sep. 2010
z. V. an
z. K. an

Aachen, 9.9.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihren Brief vom 23.8.2010. Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns in der Sache einig sind.

Die Grundidee der Bürgerarbeit besteht in konsequenter Aktivierung bei gleichzeitigem Angebot von gemeinnütziger, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für diejenigen Arbeitsuchenden, die trotz guter Konjunkturlage keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. So weit so gut. Die Umsetzung wirft allerdings Fragen auf.

Gefördert werden sollen Beschäftigungsverhältnisse ohne Versicherungspflicht zur Arbeitslosenversicherung mit einem zeitlichen Umfang von 30 Wochenstunden und einem Arbeitnehmerbrutto von 900 Euro, die zusätzlich und im öffentlichen Interesse sind. Es wird ein maximaler Förderbetrag von 1080 Euro als Zuschuss zum Arbeitsentgelt und zum Sozialversicherungsaufwand gezahlt. Die Förderdauer beträgt maximal 36 Monate, wird aber im Einzelfall in der Regel darunterliegen. Es handelt sich um eine Projektförderung, wobei das gesamte Projekt maximal für drei Jahre läuft.

Das Grundkonzept wurde von der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit entwickelt. Die Ergebnisse werden im Forschungsbericht durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2007 äußerst kritisch gesehen. Demnach geht der Rückgang der Arbeitslosigkeit ausschließlich auf erhöhte Zuweisung in Maßnahmen zurück. Weder wechselten mehr Personen als vorher in eine reguläre, ungeforderte Beschäftigung, noch wurden überproportional hohe Anteile von „unechten“ Arbeitslosen durch die verbesserte Betreuung entdeckt und meldeten sich aus dem Leistungsbezug ab.

Die Wissenschaftler kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Auswahl der „Bürgerarbeiter“ einen „Creaming-Effekt“ erkennen lassen. Das heißt im Klartext: Von der Bürgerarbeit haben in der Vergangenheit am wenigstens diejenigen profitiert, die die schlechtesten Chancen auf eine ungeforderte Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, sondern diejenigen, die auch durch eine andere Förderung (z. B. Weiterbildung) eine reguläre Beschäftigung gefunden hätten. Die Forschungsinstitute rechnen bei einem großflächigen Einsatz von Bürgerarbeit (Stichwort Wettbewerbsverzerrungen) mit einer Verdrängung von regulärer Arbeit.

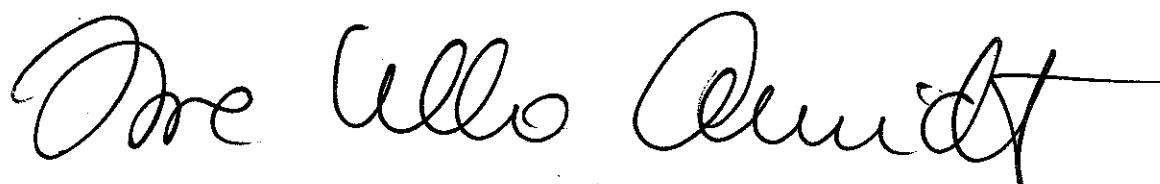
Um Konflikte zwischen weitgehend gleichrangigen Zielen zu vermeiden, wird es verstärkt auf fallbezogene Verhandlungen und Vereinbarungen vor Ort ankommen. Erforderlich ist eine strenge Prüfung auf öffentliches Interesse und Zusätzlichkeit.

Nachdem nun feststeht, dass sich der Städteregionstag Aachen in den kommenden Wochen für eine Neuorganisation der SGB II Verwaltung in Form eines Jobcenters entscheiden wird, sind die Trägerversammlung und der Beirat vor Ort ganz entscheidende Gremien. Die Wohlfahrtsverbände können über den Beirat mit darauf achten, dass das Projekt „Bürgerarbeit“ ohne Zielkonflikte in der Region umgesetzt wird. Auch in der ständigen Sozialkonferenz der Städteregion haben die Verbände eine Mitgestaltungsmöglichkeit. Ich möchte daran erinnern, dass die Bewerbung der Städteregion im Interessensbekundungsverfahren zum Bürgergeld-Modell in dieser Sozialkonferenz einstimmig beschlossen wurde. Nun kommt es auf die Umsetzung vor Ort an.

Es wird deutlich, dass es auf dem regionalen Arbeitsmarkt zunehmend schwieriger werden wird, das in ihrem Brief beschriebene Ziel, dass nämlich *„die eigentliche Arbeit wieder die Arbeit selbst wird und nicht die Suche nach Arbeit“* zu realisieren. Durch das Sparpaket der Bundesregierung steht künftig weniger Geld für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung. Erfolgreiche Programme wie die Jobperspektive werden nur noch nachrangig gefördert. Neue Programme wie die Bürgerarbeit, können die wegfallenden Maßnahmen nur unzureichend substituieren.

Gemeinsam werden wir darauf achten müssen, dass künftig keine Selektion auf dem regionalen Arbeitsmarkt stattfindet. Dass wir weiterhin an Integration in gesellschaftliche Teilhabe interessiert sind und nicht nur an Integration auf den ersten Arbeitsmarkt. Und schließlich müssen wir gemeinsam an einem Erfolg von Programmen wie der Bürgerarbeit vor Ort arbeiten – und zwar im Sinne der Menschen.

Mit den besten Wünschen und freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Ulla Bunt". The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke at the end.